



# Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung für Banken und Effekthändler (Eigenmittelverordnung, ERV)

Änderung vom 27. November 2019

---

*Der Schweizerische Bundesrat  
verordnet:*

I

Die Eigenmittelverordnung vom 1. Juni 2012<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 33 Abs. 1<sup>bis</sup>*

<sup>1bis</sup> Von international tätigen systemrelevanten Banken ausgegebene Schuldinstrumente zur Verlusttragung bei Insolvenzmassnahmen nach Artikel 126a Absatz 1 oder nach entsprechenden Regelungen ausländischer Rechtsordnungen werden für die Anforderungen dieses Abschnitts wie Instrumente des Ergänzungskapitals behandelt.

*Art. 37 Abs. 2<sup>bis</sup>*

<sup>2bis</sup> Zusätzlich zu der Begrenzung nach Absatz 1 am Schwellenwert 1 kann eine Bank Schuldinstrumente zur Verlusttragung bei Insolvenzmassnahmen nach Artikel 33 Absatz 1<sup>bis</sup> bis zu 5 Prozent des harten Kernkapitals halten, ohne diese von eigenen Eigenkapitalbestandteilen abzuziehen. Die FINMA kann entsprechende Ausführungsbestimmungen erlassen.

*Art. 38 Abs. 1*

<sup>1</sup> Eine Bank, die an einem Unternehmen des Finanzbereichs über 10 Prozent Beteiligungstitel in der Form harten Kernkapitals hält, hat sämtliche Eigenkapitalinstrumente des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals solcher Unternehmen mittels des entsprechenden Abzugsverfahrens ohne Schwellenwert zu behandeln. Das entsprechende Abzugsverfahren ohne Schwellenwerte gilt auch für gehaltene Schuldinstrumente zur Verlusttragung bei Insolvenzmassnahmen von international tätigen systemrelevanten Banken nach Artikel 33 Absatz 1<sup>bis</sup>.

<sup>1</sup> SR 952.03

*Gliederungstitel nach Art. 47*

**1a. Kapitel:  
Vereinfachungen für besonders liquide und gut kapitalisierte Banken  
der Kategorien 4 und 5**

*Art. 47a* Vereinfachungen

Banken der Kategorien 4 und 5 nach Anhang 3 BankV<sup>2</sup> können bei der FINMA beantragen, von der Einhaltung der Bestimmungen über die erforderlichen Eigenmittel nach den Artikeln 41–46 dispensiert zu werden.

*Art. 47b* Voraussetzungen

<sup>1</sup> Banken der Kategorien 4 und 5 können die Vereinfachungen in Anspruch nehmen, wenn sie die folgenden Voraussetzungen sowohl auf Stufe Einzelinstitut als auch auf Stufe Finanzgruppe jederzeit erfüllen:

- a. Die erforderlichen Eigenmittel entsprechen einer vereinfachten Leverage Ratio von mindestens 8 Prozent.
- b. Die durchschnittliche Liquiditätsquote beträgt mindestens 110 Prozent.
- c. Der Refinanzierungsgrad beträgt mindestens 100 Prozent.

<sup>2</sup> Die vereinfachte Leverage Ratio entspricht dem Quotienten aus:

- a. Kernkapital; und
- b. Summe aller Bilanzaktiven, abzüglich Goodwill und Beteiligungen, sowie aller Ausserbilanzpositionen.

<sup>3</sup> Die durchschnittliche Liquiditätsquote entspricht dem Quotienten aus:

- a. Durchschnitt der letzten zwölf Monatsendbestände an qualitativ hochwertigen, liquiden Aktiva (*High Quality Liquid Assets*, HQLA) nach Artikel 15 der Liquiditätsverordnung vom 30. November 2012<sup>3</sup> (LiqV); und
- b. durchschnittlichem Wert des Nettomittelabflusses zum Monatsende nach Artikel 16 LiqV, der gemäss Stressszenario für die Quote für kurzfristige Liquidität (*Liquidity Coverage Ratio*, LCR) im 30-Tage-Horizont zu erwarten ist, der letzten zwölf Monate.

<sup>4</sup> Der Refinanzierungsgrad entspricht dem Quotienten aus:

- a. Summe von Verpflichtungen aus Kundeneinlagen, Kassenobligationen, Anleihen mit Restlaufzeit über einem Jahr und Pfandbriefdarlehen mit Restlaufzeit über einem Jahr, sowie dem Eigenkapital; und
- b. Forderungen gegenüber Kunden und Hypothekarforderungen.

<sup>5</sup> Die FINMA kann zu den Absätzen 2–4 technische Ausführungsbestimmungen erlassen.

<sup>2</sup> SR 952.02

<sup>3</sup> SR 952.06

*Art. 47c* Ablehnung des Antrags

Die FINMA kann den Antrag auf Vereinfachungen ablehnen, wenn:

- a. die Voraussetzungen nach den Artikeln 47a und 47b nicht erfüllt sind;
- b. sie gegen die betreffende Bank aufsichtsrechtliche Massnahmen ergriffen hat, ein Verfahren nach Artikel 30 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes vom 22. Juni 2007<sup>4</sup> (FINMAG) eröffnet wurde oder die Bank Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes nach Artikel 31 FINMAG nicht umgesetzt hat in den Bereichen:
  1. Verhaltensregeln nach dem Finanzdienstleistungsgesetz vom 15. Juni 2018<sup>5</sup>,
  2. Marktverhaltensregeln nach dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz vom 19. Juni 2015<sup>6</sup>,
  3. Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997<sup>7</sup>,
  4. grenzüberschreitendes Geschäft;
- c. das Zinsrisikomanagement unzureichend ist oder das Zinsrisiko im Verhältnis zum Kernkapital, dem Erfolg aus dem Zinsengeschäft oder der Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung aller Risiken unangemessen hoch ist.

*Art. 47d* Entfallen der Voraussetzungen

<sup>1</sup> Banken, welche die Voraussetzungen nach Artikel 47b nicht mehr erfüllen, haben dies der FINMA umgehend mitzuteilen.

<sup>2</sup> Stellt die FINMA fest, dass eine Bank nicht mehr der Kategorie 4 oder 5 angehört oder dass ein Ablehnungsgrund nach Artikel 47c vorliegt, so teilt sie dies der Bank mit.

<sup>3</sup> Bei Mitteilungen nach den Absätzen 1 und 2 räumt die FINMA der Bank eine Frist zur Wiedererfüllung der Voraussetzungen ein. Diese beträgt in der Regel ein Jahr, kann jedoch in begründeten Einzelfällen verkürzt oder verlängert werden. Sind die Voraussetzungen nach Ablauf dieser Frist nicht erfüllt, so können die Vereinfachungen nach Artikel 47a nicht mehr beansprucht werden.

*Art. 47e* Verzicht auf die Vereinfachungen

Banken, die von den Vereinfachungen nach Artikel 47a nicht mehr Gebrauch machen wollen, melden dies der FINMA und der Prüfgesellschaft.

4 SR 956.1  
5 SR 950.1  
6 SR 958.1  
7 SR 955.0

*Art. 124 Abs. 3 und 4*

<sup>3</sup> Die besonderen Anforderungen sind auf Stufe Finanzgruppe, auf Stufe jedes nach BankG<sup>8</sup> bewilligten Einzelinstituts und auf Stufe jedes nach dem Finanzinstitutsge-  
setz vom 15. Juni 2018<sup>9</sup> bewilligten Wertpapierhauses zu erfüllen von:

- a. Einheiten, die systemrelevante Funktionen ausüben;
- b. der obersten Einheit einer Finanzgruppe, sofern in ihren Konsolidierungs-  
kreis eine Einheit nach Buchstabe a fällt;
- c. Einheiten an der Spitze bedeutender untergeordneter Finanzgruppen, sofern  
in ihren Konsolidierungskreis eine Einheit nach Buchstabe a fällt; und
- d. Einheiten, die aufgrund ihrer zentralen Funktion oder ihrer relativen Grösse  
für die Finanzgruppe bedeutend sind.

<sup>4</sup> Die FINMA kann Einheiten, die zwar systemrelevante Funktionen ausüben, deren  
direkter Anteil an den inländischen systemrelevanten Funktionen der Finanzgruppe  
insgesamt fünf Prozent aber nicht übersteigt oder deren Bedeutung für die Fortfüh-  
rung der inländischen systemrelevanten Funktionen der Finanzgruppe auf andere  
Weise gering ist, im Einzelfall ausnehmen.

*Art. 126a Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. k*

<sup>1</sup> Schuldinstrumente zur Verlusttragung bei Insolvenzmassnahmen (Bail-in-Bonds)  
können nur an die zusätzlichen verlustabsorbierenden Mittel nach dem 4. Kapitel  
angerechnet werden, wenn sie:

- k. mit Genehmigung der FINMA ausgegeben wurden oder Bestandteil eines  
von ihr genehmigten jährlichen Emissionsrahmens sind und vor Verfall nur  
mit ihrer Genehmigung zurückbezahlt werden können, wenn die quantitati-  
ven Anforderungen an die zusätzlichen verlustabsorbierenden Mittel unter-  
schritten würden.

*Art. 126b* Gruppeninterne Schuldinstrumente zur Verlusttragung  
bei Insolvenzmassnahmen

<sup>1</sup> Gruppeninterne Schuldinstrumente zur Verlusttragung bei Insolvenzmassnahmen  
können bei schweizerischen Einheiten von systemrelevanten Banken unterhalb der  
Konzernobergesellschaft an die zusätzlichen verlustabsorbierenden Mittel nach dem  
4. Kapitel angerechnet werden, wenn sie:

- a. die Voraussetzungen nach Artikel 126a Absatz 1 Buchstaben a–c und f–i  
erfüllen;
- b. vertraglich gegenüber übrigen Verpflichtungen des Emittenten nachrangig  
sind;

<sup>8</sup> SR 952.0

<sup>9</sup> SR 954.1

- c. vor Verfall nur mit Genehmigung der FINMA zurückbezahlt werden können, wenn durch die Rückzahlung die quantitativen Anforderungen an die zusätzlichen verlustabsorbierenden Mittel unterschritten würden.

<sup>2</sup> Die FINMA kann Darlehen, welche die Kriterien nach Absatz 1 erfüllen, Bail-in-Bonds gleichstellen.

<sup>3</sup> Die Schuldinstrumente nach Absatz 1 können in der Höhe des Forderungsbetrags nur angerechnet werden, solange sie noch eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr aufweisen.

#### *Art. 127a Abs. 1, 2 und 4*

<sup>1</sup> Bail-in-Bonds, welche die Voraussetzungen von Artikel 126a erfüllen, können an die zusätzlichen verlustabsorbierenden Mittel nach dem 4. Kapitel in der Höhe des Forderungsbetrags angerechnet werden, solange sie noch eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr aufweisen.

<sup>2</sup> Die zusätzlichen verlustabsorbierenden Mittel sind zeitlich so zu staffeln, dass die Voraussetzungen an die Höhe dieser Mittel auch bei einer vorübergehenden Einschränkung der Mittelaufnahme erfüllt werden können. Die Anforderungen an zusätzliche verlustabsorbierende Mittel dürfen zu höchstens 25 Prozent mit Mitteln mit einer Restlaufzeit von zwischen einem und zwei Jahren erfüllt werden.

<sup>4</sup> Systemrelevante Banken dürfen weder Kapitalinstrumente mit Wandlung oder Forderungsreduktion anderer Banken noch Bail-in-Bonds nach schweizerischem Recht oder nach entsprechenden Regelungen ausländischer Rechtsordnungen, anderer schweizerischer oder ausländischer systemrelevanter Banken auf eigenes Risiko halten. Ausgenommen sind:

- a. Positionen im Zusammenhang mit dem Stellen von Geld- und Briefkursen als Market-Maker sowie kurzfristig gehaltene Positionen im Zusammenhang mit Emissionsgeschäften; und
- b. das Halten von Bail-in-Bonds im Rahmen der Artikel 37 und 38 im Handelsbuch der Bank, soweit diese Bail-in-Bonds innerhalb von 30 Geschäftstagen nach Erwerb wieder veräussert werden.

#### *Art. 129 Abs. 5*

<sup>5</sup> Das EFD überprüft regelmässig die in Anhang 9 festgelegten Werte und Zuschläge im Zusammenhang mit der Systemstabilität und der Wettbewerbsfähigkeit der systemrelevanten Banken und beantragt dem Bundesrat allfällige Anpassungen.

#### *Art. 132 Abs. 2*

<sup>2</sup> Die Anforderung an diese zusätzlichen Mittel bemisst sich nach der Gesamtanforderung bestehend aus den Sockelanforderungen und den Zuschlägen nach Artikel 129. Sie beträgt bei einer:

- a. international tätigen systemrelevanten Bank:
1. für Einheiten, die systemrelevante Funktionen ausüben (Art. 124 Abs. 3 Bst. a): 62 Prozent der Gesamtanforderung auf Stufe Finanzgruppe und auf Stufe Einzelinstitut,
  2. auf den Stufen oberste Einheit einer Finanzgruppe (Art. 124 Abs. 3 Bst. b) sowie bedeutende untergeordnete Finanzgruppen (Art. 124 Abs. 3 Bst. c), sofern nicht die Anforderung von Ziffer 1 zur Anwendung kommt: 100 Prozent der Gesamtanforderung abzüglich eines Rabatts nach Artikel 133,
  3. auf Stufe Einzelinstitut einer Bank nach Artikel 124 Absatz 3 Buchstabe c oder d die Summe aus:
    - den Nominalbeträgen von zusätzlichen verlustabsorbierenden Mitteln, die an Tochtergesellschaften weitergegeben werden
    - 100 Prozent der Gesamtanforderung abzüglich eines Rabatts nach Artikel 133, mit Ausnahme von zu konsolidierenden Beteiligungen, einschliesslich des in gleicher Weise erfassten regulatorischen Kapitals und von Risiken aus gruppeninternen Beziehungen und
    - 30 Prozent der für diese Einheit konsolidiert geltenden Anforderungen;
- b. nicht international tätigen systemrelevanten Bank: 40 Prozent der Gesamtanforderung.

*Art. 133 Abs. 2*

<sup>2</sup> Für Einheiten nach Artikel 124 Absatz 3 Buchstabe b–d darf die Höhe der Anforderung an zusätzliche Mittel unter Berücksichtigung der Rabatte und der Anforderungsreduktion aufgrund präferierter Anrechnung von Wandelkapital nach Artikel 132 Absatz 4 weder 3,75 Prozent bei der Leverage Ratio noch 10 Prozent bei der RWA-Quote unterschreiten.

*Gliederungstitel nach Art. 148j*

**6. Abschnitt:  
Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 27. November 2019**

*Art. 148k* Berechnungsmethoden für Derivate

<sup>1</sup> Bis zum 31. Dezember 2021 können Banken der Kategorien 4 und 5 nach Anhang 3 BankV<sup>10</sup> die Umrechnung von Derivaten in ihre Kreditäquivalente im Rahmen des 3. und 4. Titels auch nach der Marktwertmethode nach Artikel 57 in der Fassung vom 1. Juli 2016<sup>11</sup> vornehmen.

<sup>2</sup> Dies gilt ebenfalls für Banken der Kategorie 3 nach Anhang 3 BankV, die unwesentliche Derivatpositionen haben. Die FINMA erlässt technische Ausführungsbestimmungen.

<sup>10</sup> SR 952.02

<sup>11</sup> AS 2012 5441

*Art. 148l*      **Zusätzliche Mittel für international tätige systemrelevante Banken**  
Die Anforderung nach Artikel 132 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer 3 dritter Strich beträgt:

- a. im Jahr 2020: 0 Prozent;
- b. im Jahr 2021: 5 Prozent;
- c. im Jahr 2022: 10 Prozent;
- d. im Jahr 2023: 20 Prozent.

*Art. 148m*      **Rabatte für international tätige systemrelevante Banken**

In den Jahren 2020 und 2021 dürfen die Anforderungen nach Artikel 133 Absatz 2 weder 3 Prozent bei der Leverage Ratio noch 8,6 Prozent bei der RWA-Quote unterschreiten.

## II

*Anhang 9 Ziff. 2.1 und 2.2*

### **2.1 Bei einem Gesamtengagement von bis zu 1341 Milliarden Franken**

Bucket	Gesamtengagement	Zuschlag LR	Zuschlag RWA-Quote
G1	< 697 Mrd. CHF	0 %	0 %
G2	< 912 Mrd. CHF	0,125 %	0,36 %
G3	< 1127 Mrd. CHF	0,25 %	0,72 %
G4	< 1341 Mrd. CHF	0,375 %	1,08 %

### **2.2 Bei einem Gesamtengagement von über 1341 Milliarden Franken**

Je weitere 215 Milliarden Franken Gesamtengagement erhöht sich die Anforderung für die Leverage Ratio um 0,125 Prozentpunkte und diejenige für die RWA-Quote um 0,36 Prozentpunkte.

III

Die Liquiditätsverordnung vom 30. November 2012<sup>12</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 9 Abs. 1<sup>bis</sup>*

<sup>1bis</sup> Banken der Kategorien 4 und 5 nach Anhang 3 BankV<sup>13</sup> müssen ausschliesslich das Stressszenario nach Artikel 12 Absatz 1 für die Stresstests berücksichtigen.

IV

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

27. November 2019

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Ueli Maurer

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

<sup>12</sup> SR 952.06

<sup>13</sup> SR 952.02